

per E-Mail

an den Hauptausschuss und ausgewählte Abgeordnete des Volksanwaltschaftsausschusses und Verfassungsausschusses

Wien, 06. Juli 2022 (Update 18.07.2022)

## OFFENER BRIEF

### Betreff: Stärkung der Volksanwaltschaft

Sehr geehrte Abgeordnete zum Nationalrat,

Bei der letzten Universellen Periodischen Überprüfung (UPR) Österreichs durch den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen im Jänner 2021 empfahlen zahlreiche Staaten eine Stärkung der Volksanwaltschaft und diese [Empfehlungen](#) wurden von der österreichischen Bundesregierung zur Gänze angenommen (siehe 139.8 bis 139.20).

Aus diesem Grund haben am 06. Oktober 2021 elf zivilgesellschaftliche Organisationen eine umfassende [Stellungnahme](#) zu dem von der Volksanwaltschaft eingebrachten Antrag auf internationale Re-Akkreditierung als Nationale Menschenrechtsinstitution (NMRI) bei der Global Alliance for National Human Rights Institutions (GANHRI) abgegeben.

In ihrer [Überprüfung](#) der Volksanwaltschaft zur Übereinkunft mit international etablierten Standards („[Pariser Prinzipien](#)“) im März 2022 kritisierte GANHRI insbesondere den Bestellmodus der Volksanwaltschaft, der dem Grundsatz der Unabhängigkeit nicht gerecht wird. Das derzeit im Bundesverfassungsgesetz verankerte Verfahren ist laut GANHRI nicht ausreichend umfassend und transparent, da es weder eine öffentliche Ausschreibung noch Partizipationsmöglichkeiten für die Zivilgesellschaft vorsieht.

Für die Wahrung der Unabhängigkeit einer NMRI ist es aber von entscheidender Bedeutung, dass ein klarer, transparenter und partizipatorischer Auswahl- und Ernennungsprozess in einschlägigen Gesetzen, Vorschriften oder verbindlichen Verwaltungsrichtlinien niedergeschrieben ist. Um die Unabhängigkeit und das Vertrauen der Öffentlichkeit in eine NMRI zu gewährleisten, ist ein Prozess erforderlich, der ein leistungsorientiertes Auswahlverfahren fördert und Pluralismus gewährleistet.

Das Prinzip der Unabhängigkeit umfasst sowohl die tatsächliche als auch die wahrgenommene Unabhängigkeit der Mitglieder einer NMRI. Selbst wenn in der Praxis keine Zweifel an einer unabhängigen Amtsführung bestehen, wirkt sich die öffentliche Wahrnehmung, dass enge politische Verbindungen die Entscheidungen von NMRI-Mitgliedern beeinflussen könnten, negativ auf das Vertrauen zivilgesellschaftlicher Organisationen in der Öffentlichkeit aus.

Am 07. Juli 2022 wurde im Hauptausschuss des Nationalrates ein Vorschlag für die Wahl der Nachfolge von Volksanwalt Werner Amon erstellt und am 08. Juli 2022 im Plenum des Nationalrates gewählt. Wir kritisieren daher, dass es im Bestellungsverfahren weiterhin keine öffentliche Ausschreibung, keine objektiven und klaren Auswahlkriterien und keinerlei Partizipationsmöglichkeiten der Zivilgesellschaft gab. Diese intransparente Vorgehensweise stellt aus unserer Sicht eine deutliche Missachtung völkerrechtlicher Standards und Empfehlungen von international anerkannten Organisationen dar. Zudem schadet dies der öffentlichen Wahrnehmung der Volksanwaltschaft als eine unabhängige NMRI.

Sehr geehrte Abgeordnete zum Nationalrat,

wir haben bereits vor mehreren Monaten in Schreiben an Mitglieder des Verfassungs- und Volksanwaltschaftsausschusses auf die negativen Auswirkungen des parteipolitischen Bestellmodus auf die wahrgenommene Unabhängigkeit der Volksanwaltschaft aufmerksam gemacht, aber keine Rückmeldung erhalten. Anlässlich der Neubestellung fordern wir neuerlich eine rasche Änderung des Bestellmodus im Einklang mit den Pariser Prinzipien und schließen uns den folgenden Empfehlungen von GANHRI vom März 2022 an:

- a) Breite und öffentliche Ausschreibungen
- b) Maximierung der Anzahl potenzieller Kandidat\*innen aus einem breiten Spektrum gesellschaftlicher Gruppen mit verschiedenen Bildungshintergründen
- c) Förderung einer breiten Konsultation und/oder Beteiligung von Organisationen der Zivilgesellschaft am Auswahl- und Ernennungsverfahren
- d) Auswahl und Ernennung auf Grundlage vorher festgelegter, objektiver und transparenter Kriterien

In diesem Sinne fordern wir Sie dazu auf, das Auswahl- und Ernennungsverfahren in enger Abstimmung mit der Zivilgesellschaft zu überprüfen und zu reformieren, um sicherzustellen, dass das Prinzip der Unabhängigkeit eingehalten und die Volksanwaltschaft in ihrer Rolle als unabhängige NMRI weiter gestärkt wird.

Hochachtungsvoll,

Amnesty International Österreich

Asylkoordination

Diakonie Österreich

Hemayat

Integrationshaus

Netzwerk Kinderrechte

Österreichische Liga für Menschenrechte

SOS Mitmensch

ZARA



per E-Mail

an den Hauptausschuss und ausgewählte Abgeordnete des Volksanwaltschaftsausschusses und Verfassungsausschusses

### Weitere Organisationen<sup>1</sup>:

AFYA



Aktiv-Demokratie



Attac



Bessere Schule Jetzt!



BIZEPS - Zentrum für Selbstbestimmtes Leben



Ehe ohne Grenzen



epicenter.works



GILT



Jugend Eine Welt – Don Bosco Entwicklungszusammenarbeit



Lebenshilfe Tirol



Licht für die Welt



---

<sup>1</sup> Nachträglich unterzeichnende Organisationen (Stand 18.07.2022)

Lobby4Kids



obds - Fachbereich Soziale Arbeit



SLIÖ – Selbstbestimmt Leben Österreich



Verein gegen Tierfabriken



Vienna Centre for Societal Security

